

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 3 / 2012 (27. Januar 2012)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Bundestag beschließt Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes
3. Weniger deutsche Soldaten in Afghanistan
4. Positive Konjunkturaussichten
5. Zahl der Kinder in der Grundsicherung rückläufig
6. Kurz notiert
7. Terminvorschau

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in einer sehr bewegenden Zeremonie hat der Deutsche Bundestag heute, am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, all denjenigen gedacht, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ausgegrenzt, gedemütigt, beraubt, vertrieben, verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Als Hauptredner hat Marcel Reich-Ranicki ein prägendes Ereignis seines Lebens geschildert, die Anordnung der „Umsiedlung“ der Bewohner des Warschauer Gettos durch die SS am 22. Juli 1942. Als Protokollant einer Sitzung war er an diesem Tag mit dabei, als die Nationalsozialisten die Deportation tausender Juden ins Vernichtungslager Treblinka einleiteten.

Gestern bereits hat der Deutsche Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Neonazi-Mordserie einstimmig beschlossen. Er soll sich ein Gesamtbild

verschaffen zur Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund", ihren Mitgliedern und Taten, ihrem Umfeld und ihren Unterstützern sowie dazu, warum aus ihren Reihen so lange unerkannt schwerste Straftaten begangen werden konnten. Das Gremium soll auf der Grundlage so gewonnener Erkenntnisse Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus ziehen und Empfehlungen aussprechen.

Die unfassbare Mordserie von Neonazis zeigt uns, wie wichtig es ist, dass wir uns gemeinsam gegen jedwede Form von Rechtsextremismus engagieren und vor allem die Erinnerung an die Gräueltaten des Naziregimes wach halten.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Bundestag beschließt Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes

Europäische Kreditinstitute müssen zum 30. Juni 2012 mehr Eigenmittel vorhalten, damit wieder mehr Vertrauen auf den Märkten entsteht. Im Notfall müssen die Staaten den Banken dabei helfen.

Daher wird der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung per Gesetz - befristet bis Ende 2012 - wiederbelebt.

Der Bundestag hat das Gesetz am gestrigen Donnerstag beschlossen. Die Bundesregierung hatte im Dezember 2011 den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Sie kam damit den Beschlüssen des EU-Rates vom Oktober nach. Danach müssen die europäischen Mitgliedstaaten die Institute unterstützen, wenn diese ihren Kapitalbedarf nicht vollständig selbst am Kapitalmarkt decken können.

Das deutsche Finanzsystem ist insgesamt stabil. Es sind derzeit keine Anzeichen einer Kreditklemme für deutsche Unternehmen zu erkennen. Allerdings sind die Auswirkungen der Schuldenkrise in Europa nicht zu verkennen. Den Banken untereinander fehlt Vertrauen. Sie geben zu viele liquide Mittel an die Europäischen Zentralbank ab, weil sie Verluste am Markt befürchten. Und auch andere Teilnehmer am Finanzmarkt in Europa und außerhalb Europas fehlt Vertrauen gegenüber europäischen Emittenten.

Das Gesetz stellt vorsorgende Instrumente bereit, um ein Übergreifen der Euro-Krise auf den Finanzmarkt zu vermeiden. Die Europäischen Kreditinstitute müssen zum 30. Juni 2012 mehr Eigenmittel vorhalten. Dies hatte die Europäischen Bankenaufsichtsbehörde nach einem Bankenstresstest im vergangenen Jahr gefordert. In Deutschland müssen sechs Finanzunternehmen mehr Eigenkapital nachweisen.

Die Banken müssen sich selbst das notwendige Kapital beschaffen. Es sieht derzeit danach aus, dass die Institute dies auch schaffen werden. Die Wiederbelebung des staatlichen Stabilisierungsfonds SoFFin ist daher eine vorbeugende Maßnahme. Staatliche Garantien durch den SoFFin wird es also nur geben, sollte es einzelnen Banken wider Erwarten nicht gelingen, ihren Kapitalbedarf vollständig am Markt zu decken.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird bis zum Ende 2012 für jede Bank vorgeben, ob sie wegen Ihrer Eigenmittelsituation nachsteuern muss. Die BaFin kann Umsetzungspläne verlangen, in denen die Institute darlegen, wie sie mögliche Kapitallücken schließen.

Das Gesetz stellt dem SoFFin für die Stabilisierung von Banken einen Garantierahmen von 400 Milliarden Euro bereit. Außerdem kann der SoFFin Kredite von 80 Milliarden Euro vergeben. Davon können zehn Milliarden Euro nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewährt werden. Antragstellende Banken können alle bisherigen Instrumente des SoFFin erneut vollständig nutzen. Sollten Banken Hilfen in Anspruch nehmen, müssen sie diese angemessen vergüten. Auch dies begrenzt die Kosten für die Steuerzahler. Auch für die Vergütungssysteme von Banken, die Hilfe in Anspruch nehmen, gibt es schärfere Auflagen. Damit wird den Erfahrungen der Bankenkrise im Jahr 2008 Rechnung getragen. Es gibt keine anderen vergleichbaren Stabilisierungsmöglichkeiten als den SoFFin. Ein weiterer Vertrauensverlust in das Finanzsystem dürfte sich stärker auf Wachstum und Beschäftigung auswirken – und damit auf öffentliche Haushalte und Steuerzahler.

Die Koalitionsfraktionen hatten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht. Nun muss sich der Bundesrat abschließend damit befassen. Die Stabilisierungsmaßnahmen und die Befugnisse der BaFin zur Festlegung höherer Eigenmittelanforderungen sind bis zum 31. Dezember 2012 befristet.

3. Weniger deutsche Soldaten in Afghanistan

Mit breiter Mehrheit hat der Deutsche Bundestag der Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan um ein Jahr zugestimmt. Die Anzahl der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten soll von 5.350 auf höchstens 4.900 sinken. Ziel ist eine weitere Reduzierung auf bis zu 4.400 im Laufe des Jahres.

Möglich wird die Verringerung durch die positive Entwicklung der Sicherheit in vielen Provinzen in Nord-Afghanistan. Dort ist das Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr. Die Fläche ist halb so groß wie die Bundesrepublik. In einigen Regionen hat die Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte schon begonnen. Somit kann die Bundeswehr nach und nach ihre Präsenz verringern.

Dieser Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung soll 2014 abgeschlossen sein. Aber auch nach diesem Datum will sich Deutschland noch in Afghanistan engagieren. Deutschland wird das Land auch danach finanziell unterstützen. Außerdem sollen Soldaten weiterhin bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte helfen.

Ein weiteres Zeichen für die Truppenreduzierung der Bundeswehr ist die Übergabe der Leitung des deutschen regionalen Wiederaufbauteams in Faisabad. Seit Mitte Dezember wird es durch einen Angehörigen des Auswärtigen Amtes geführt. In Faisabad haben die Afghanen die Sicherheitsverantwortung übernommen. Die Bundeswehr kann also ihre Präsenz dort verringern.

4. Positive Konjunkturaussichten

Der Optimismus unter den deutschen Verbrauchern hat zum Jahresbeginn zugenommen. Die Konjunkturerwartung und die Kaufkraft der Deutschen legten spürbar zu. Die Einkommenserwartung der Verbraucher zeigte sich auf hohem Niveau stabil. Zu diesem Ergebnis kommt die GfK-Konsumklimastudie für Januar 2012.

Nach 5,7 Punkten im Januar rechnen die GfK-Experten für Februar mit einem Anstieg auf 5,9 Punkte beim Gesamtwert des Konsumklimaindex. Nach Angaben der Marktforscher verbesserte sich das Konsumklima in Deutschland seit September jeden Monat. Davor war der Index seit März vergangenen Jahres gesunken.

Auch alle Einzelkomponenten des Indexes, mit denen die GfK-Experten Konjunkturerwartung, Anschaffungsneigung und Einkommenserwartung messen, legten nach dem Jahreswechsel weiter zu. Die Konsumenten stemmten sich weiter gegen zunehmende Konjunkturrisiken sowie die anhaltende Schuldenkrise im Euroraum, so die Marktforscher. Die Konjunkturerwartung der Verbraucher legte im Januar spürbar zu. Ein Plus von 8,4 Punkten bedeutet den zweiten Anstieg nacheinander. Aktuell weist der Indikator 7,5 Punkte auf und liegt damit wieder über seinem langjährigen Durchschnittswert von 0 Punkten.

Die Beschäftigungslage in Deutschland ist überaus positiv. Auch die Unternehmen sehen nach wie vor positiv in die Zukunft. Das beweist der zum dritten Mal in Folge gestiegene ifo-Geschäftsklimaindex. Diese erfreulichen Aussichten seien offenbar zuletzt wieder verstärkt in den Fokus der Konsumenten gerückt, begründeten die Marktforscher die positive Stimmung.

Zugleich zeigen sich die Konsumenten auch wieder kauffreudiger. Nach einer sinkenden Anschaffungsneigung im letzten Monat des vergangenen Jahres, kann sie nun mit einem Plus von 14,4 Punkten wieder deutlich zulegen. Aktuell weist der Indikator 41,8 Zähler auf. Ein höherer Wert war zuletzt vor mehr als fünf Jahren zu verzeichnen, im Dezember 2006.

Gründe für diese gestiegene Kauflust sehen die GfK-Experten mehrere: Einerseits Sorge die gute Beschäftigungsentwicklung für eine sinkende Angst vor Arbeitslosigkeit und stärke damit die Planungssicherheit. Andererseits sparten die Menschen gegenwärtig weniger. Das derzeit fehlende Vertrauen in den Finanzmarkt führe dazu, dass die Verbraucher ihre finanziellen Mittel in größere Anschaffungen steckten. Auch die historisch niedrige Zinsen reizten nicht zum Sparen an.

Die Einkommenserwartung der Verbraucher legte minimal um 0,1 Punkte zu und weist mit nun 34,1 Zählern ein sehr hohes Niveau auf. Grund ist laut der GfK-Experten die überaus positive Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland. Hinzu komme der sich in einigen Bereichen abzeichnende Fachkräftemangel. Dies verstärkte die Hoffnungen der Arbeitnehmer auf spürbare Einkommenszuwächse, die sich auch real im Portemonnaie bemerkbar machten. Auch die Inflationsrate werde diese Entwicklung voraussichtlich unterstützen, so die Nürnberger Forscher. Nachdem sie im vergangenen Jahr durchschnittlich bei 2,3 Prozent lag, soll sie im neuen Jahr nicht über die 2-Prozent-Marke springen.

Das verbesserte Konsumklima deute darauf hin, dass der private Konsum dieses Jahr eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung sein könne. Das betonten die Marktforscher. Insbesondere gelte das vor dem Hintergrund einer schwächelnde Weltwirtschaft und von Rezessionstendenzen in Europa. Ein entschlossenes Vorgehen der Politik könne dazu beitragen, das im Zuge der Krise verloren gegangene Vertrauen der Konsumenten zurückzugewinnen.

5. Zahl der Kinder in der Grundsicherung rückläufig

Die Zahl der Arbeitslosen sank von 2006 bis 2011 um gut ein Drittel auf unter drei Millionen. Im gleichen Zeitraum hat sich der Bestand an Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert – von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. So habe sich auch die Situation der Alleinerziehenden verbessert. Der Krippenausbau und eine verstärkte Jobvermittlung für Alleinerziehende habe entscheidend zum Rückgang der Kinderarmut beigetragen. Hinzu komme der veränderte Blick der Wirtschaft auf Frauen mit Kindern:

Das vergangene Jahr bot Langzeitarbeitslosen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der erwerbsfähigen Personen, die bei den Jobcentern Grundsicherung beantragen, ist deutlich gesunken: Im Dezember 2011 lag sie um rund 250.000 Personen unter der von 2010.

In den letzten Jahren hat sich die Situation der Familien, die auf Grundsicherung angewiesen sind, verbessert.

Im September 2011 bekamen 1.639.225 Kinder unter 15 Jahren ihren Lebensunterhalt über die Grundsicherung.

Im September 2006 waren es noch 1.895.932 Kinder. Innerhalb von fünf Jahren waren demnach 257.702 Kinder weniger auf Grundsicherung angewiesen, das ist ein Rückgang von 13,5 Prozent.

Um Kinder aus Familien mit geringem Einkommen besser zu fördern, hat die Bundesregierung 2011 das Bildungspaket auf den Weg gebracht. Bedürftige Kinder und Jugendliche haben einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen – bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen. Anspruch darauf haben rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

Leistungen aus dem Bildungspaket können Beziehende von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bei der Kommune im Jobcenter beantragen. Für Familien, die Sozialhilfe, Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten, sind die Kreise oder kreisfreien Städte zuständig (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung).

6. Kurz notiert

6.1. Bundesfreiwilligendienst entwickelt sich positiv

Immer mehr junge und ältere Menschen entscheiden sich für den Bundesfreiwilligendienst. Sie engagieren sich so für das Allgemeinwohl. Zurzeit gibt es 29.000 laufende Verträge für diesen Dienst. Das ist ein außerordentlicher Erfolg, der deutlich macht: Der Bundesfreiwilligendienst kann den Zivildienst in weiten Teilen ersetzen.

Der neue Dienst ist im letzten Sommer gestartet. Schon damals ist die Bundesregierung davon ausgegangen, dass die Zahl von 35.000 laufenden Verträgen bis zum Jahr 2012 erreicht würde. Diese 35.000 Plätze hat der Bund im Gesetzgebungsverfahren zugesagt und sie werden auch finanziert. Der Bund steht damit zu seiner Zusage.

Sollte die Nachfrage nach Stellen im Bundesfreiwilligendienst weiterhin so stark bleiben wie bisher, ist abzusehen, dass die Zielmarke von 35.000 Verträgen schon bald erreicht ist.

Mit dem Bundesfreiwilligendienst ist es gelungen, ein tragfähiges Konzept zur Verfügung zu stellen. Der Dienst konnte am Tag der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes starten und damit einen reibungslosen Übergang von Zivildienst zu Bundesfreiwilligendienst schaffen. Mit seinen vielfältigen interessanten Einsatzgebieten bietet der Bundesfreiwilligendienst eine einmalige Chance für das freiwillige Engagement in Deutschland. Der Bund stellt für die Freiwilligendienste insgesamt jährlich 350 Millionen Euro zur Verfügung - so viel wie nie zuvor für freiwilliges Engagement.

Der Bundesfreiwilligendienst steht allen Altersklassen offen und dauert in der Regel ein Jahr.

6.2. Steigerung der tariflichen Monatsverdienste

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben sich von Oktober 2010 bis Oktober 2011 durchschnittlich um 2,1 Prozent erhöht. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hat die Steigerungsrate der durchschnittlichen Tarifverdienste gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat seit Januar 2011 beständig zugenommen (Januar 2011: 0,9 Prozent, April 2011: 1,5 Prozent, Juli 2011: 1,8 Prozent). Im Oktober 2011 lag der Zuwachs der Tarifverdienste erstmals seit Januar 2010 wieder über der 2 Prozent-Marke.

Der Anstieg der Tarifverdienste kommt jedoch nicht allen Arbeitnehmern gleichermaßen zugute. In der Privatwirtschaft führte die wirtschaftliche Erholung in vielen Branchen zu vergleichsweise hohen

Tarifabschlüssen, sodass die Tarifverdienste der Beschäftigten von Oktober 2010 bis Oktober 2011 überdurchschnittlich um 2,5 Prozent stiegen. Im Bereich „Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen“, zu dem unter anderem die Wirtschaftsbereiche Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie das Gesundheitswesen gehören, erhöhten sich die Tarifverdienste hingegen um 1,0 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 2011 lag der Anstieg der Tarifverdienste nur bei 1,5 Prozent, obwohl im Jahr 2011 in vielen Wirtschaftszweigen Tarifabschlüsse von 3 Prozent und mehr erzielt worden sind. Grund dafür ist, dass die Entwicklung der Tarifverdienste am Anfang des Jahres 2011 noch stark von den Tarifabschlüssen für das Jahr 2010 beeinflusst wurde. Viele dieser in 2010 in Kraft getretenen Abschlüsse waren bereits 2009 – also noch während der Krise – vereinbart worden und sahen nur geringe Tariferhöhungen oder ausschließlich Einmalzahlungen vor. Einmalzahlungen sind jedoch in der Berechnung der durchschnittlichen Tarifverdienste nicht enthalten. Im Laufe des Jahres 2011 verloren diese Einflüsse zugunsten der vergleichsweise hohen Neuabschlüsse an Bedeutung.

7. Terminvorschau

30.01.2012	EU-Sonderrat in Brüssel
30.01.2012	25-jähriges Bestehen des Studentenaustausch-Programms Erasmus
30.01.2012	Europakongress der CSU in München
31.01.2012	5. Integrationsgipfel der Bundesregierung in Berlin
31.01.2012	Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen für Januar 2012
01.02. bis 03.02.2012	Reise von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach China
03.02. bis 05.02.2012	Münchner Sicherheitskonferenz

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent